

A1 Digitale Souveränität als Leitprinzip grüner Politik in Thüringen – Für eine unabhängige, nachhaltige und gemeinwohlorientierte Digitalisierung

Gremium: LAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 16.09.2025

Tagesordnungspunkt: 10 Sonstige Anträge

Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

2 1. Grundsatzbekenntnis zur digitalen Souveränität

3 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen bekennt sich zur digitalen
4 Souveränität als Leitprinzip seiner Digitalpolitik.

5 Wir verstehen darunter die Fähigkeit selbstbestimmt, unabhängig und sicher
6 digitale Technologien zu nutzen und weiterzuentwickeln unter der Wahrung
7 demokratischer, sozialer und ökologischer Standards.

8 Digitale Souveränität bedeutet für uns nicht Abschottung, sondern resiliente
9 Handlungsfähigkeit in einer vernetzten Welt.

10 2. Verpflichtungen für den Landesverband

11 Der Landesvorstand verpflichtet sich einen Arbeitskreis "Digitale Souveränität"
12 einzurichten, um eine Strategie zur digitale Souveränität zu entwickeln, die
13 folgendes beinhaltet:

14 • Bei der parteiinternen Beschaffung von Software und IT-Dienstleistungen
15 ist dem Grundsatz "Public Money? Public Code!" zu folgen und dies in den
16 Beschaffungsrichtlinien festzuschreiben, sodass ab 01.01.2026 bei allen
17 IT-Beschaffungen und Softwareentscheidungen vorrangig Freie und Open
18 Source Software (FOSS) einzusetzen ist

19 • Bis Ende 2026 ist ein vollständiger Migrationsplan für die IT-
20 Infrastruktur und Kommunikationskanäle des Landesverbands entwickelt, der
21 die Abhängigkeit von proprietären Lösungen großer Tech-Konzerne reduziert
22 und als Antrag auf der LDK 2027 eingebracht wird

23 • Regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende, Funktionsträger*innen und
24 Parteimitglieder zu FOSS, Datenschutz und IT-Sicherheit sind anzubieten

25 • Berichte zur Digitalisierung insbesondere unter dem Aspekt der digitalen
26 Souveränität werden in den Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes
27 aufgenommen

28 Diese Liste stellt das Mindestziel dar und kann durch den Arbeitskreis erweitert
29 werden.

30 3. Konkrete Handlungsfelder

31 Der Landesverband setzt sich des Weiteren politisch ein für:

- 32 • Den Aufbau öffentlicher IT-Kompetenzzentren zur Entwicklung und Pflege
33 eigener Softwarelösungen, die keine Insellösungen darstellen
- 34 • Eine Cloud- und Plattformstrategie für Thüringen, die auf europäischen
35 bzw. gemeinwohlorientierten Alternativen basiert (z. B. Gaia-X, Nextcloud,
36 Matrix)
- 37 • Die Förderung dezentraler, kontrollierbarer Netzinfrastrukturen in
38 kommunaler Hand
- 39 • Die Verankerung von Open Educational Resources (OER) und kritischer
40 Medienbildung in allen Bildungseinrichtungen
- 41 • Die Entwicklung verbindlicher Nachhaltigkeitskriterien für die
42 Digitalisierung (Energieeffizienz, Reparierbarkeit, digitale
43 Kreislaufwirtschaft)

44 4. Evaluierung und Weiterentwicklung

45 Der Landesvorstand berichtet auf einer LDK 2027 über die Umsetzung dieser
46 Strategie und die Arbeit des Arbeitskreises.

Begründung

47 Die digitale Souveränität ist eine zentrale Herausforderung für die
48 demokratische Selbstbestimmung im 21. Jahrhundert.
49 Während Bund, Länder und Kommunen sich bereits zum Ziel gesetzt haben, die
50 digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung zu stärken (vgl. IT-
51 Planungsrat), fehlt es oft an konkreten Umsetzungsschritten und verbindlichen
52 Vorgaben.

53 Die Abhängigkeit von einzelnen Tech-Konzernen wie Microsoft, Google oder Amazon
54 Web Services schränkt die Handlungsfähigkeit öffentlicher Institutionen ein,
55 gefährdet den Datenschutz und führt zu erheblichen finanziellen Belastungen
56 durch Lizenzkosten und Vendor Lock-in-Effekte. Die Machtfülle einzelner Tech-
57 Konzerne ist dabei längst nicht nur ein theoretisches Risiko, sondern Realität.
58 Deutlich wurde dies etwa, als Microsoft den E-Mail-Account von Karim Khan, dem
59 Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes, blockierte. Ebenso
60 alarmierend ist die Aussage des Chefjustizars von Microsoft Frankreich, dass
61 Daten europäischer Bürger*innen in der Microsoft-Cloud nicht vor dem Zugriff US-
62 amerikanischer Behörden geschützt seien. Diese Beispiele machen klar: Fehlende
63 digitale Souveränität gefährdet nicht nur den Datenschutz oder verursacht
64 Mehrkosten, sondern stellt eine ernsthafte Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit,
65 Demokratie und internationale Handlungsfähigkeit dar.

66 Der Deutsche Städtetag und die KGSt haben in ihrer gemeinsamen Initiative
67 "Digitale Souveränität" bereits 2020 auf die Notwendigkeit eines strategischen
68 Ansatzes hingewiesen.
69 Experten fordern konkrete Maßnahmen, um die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern
70 zu verringern und die Digitalisierung souveräner zu gestalten.

71 Unser Antrag greift den Beschluss "Digitaler Aufbruch" der
72 Bundesdelegiertenkonferenz sowie das Positionspapier der Bundestagsfraktion zu
73 FOSS auf und konkretisiert diese für Thüringen, insbesondere für die
74 parteiinterne Arbeit.

75 Mit einem strategischen Multi-Cloud-Ansatz, hohen Sicherheitsstandards und
76 konsequenter Nutzerorientierung kann Thüringen, ähnlich wie IT.NRW, die Basis
77 für eine zukunftssichere digitale Infrastruktur schaffen. Cloud-Technologien
78 sind dabei ein Schlüssel, um die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung
79 voranzutreiben und mit innovativen Technologien Schritt zu halten. Dies können
80 wir als Partei leben und so als Beispiel vorangehen, um in einer zukünftigen
81 Landtagsfraktion direkt in diesem Thema weiterhin schlagkräftig zu sein.

82 Die vorgeschlagene Strategie verbindet Gemeinwohlorientierung, Nachhaltigkeit
83 und Unabhängigkeit. Sie stärkt lokale IT-Kompetenzen, will die regionale
84 Wirtschaft durch Investitionen in offene Technologien fördern und trägt zur
85 digitalen Teilhabe aller Bürger*innen bei.

86 Durch die explizite Verpflichtung des Landesverbandes zum Handeln stellen wir
87 sicher, dass wir unsere Werte nicht nur nach außen vertreten, sondern auch
88 innerparteilich leben.

89 Unser Antrag knüpft dabei ausdrücklich an das von der Landesdelegiertenkonferenz
90 beschlossene Positionspapier „Forward to the Future – Grüne Leitideen für eine
91 digitale Zukunft“ aus dem Jahr 2018 an. Schon dort wurde die digitale
92 Souveränität als Querschnittsthema definiert – verbunden mit einer klaren Vision
93 für Open Source, digitale Resilienz, Datenschutz und Gemeinwohlorientierung in
94 der digitalen Transformation. Die in diesem Antrag formulierten Ziele
95 konkretisieren und aktualisieren die dort entwickelten strategischen Leitlinien
96 im Sinne einer praktischen Umsetzung.

97 Darüber hinaus verweisen wir auf die umfangreiche Studie „Linux-Arbeitsplatz für
98 die öffentliche Verwaltung“ aus Schleswig-Holstein (2022). Dort wurde in einem
99 breiten Pilotprojekt belegt, dass digitale Souveränität durch konsequente
100 Nutzung von Open Source sowohl technisch machbar als auch wirtschaftlich
101 tragfähig ist. Die dort entwickelte Open-Source-Strategie mit Multi-Vendor-
102 Prinzip, modularer IT-Infrastruktur, plattformsouveränen Fachanwendungen und
103 datensparsamen Arbeitsplatzlösungen bietet eine fundierte Blaupause für
104 Thüringen und auch den Landesverband.

105 Schleswig-Holstein zeigt, dass digitale Souveränität nicht nur eine politische
106 Willensfrage ist, sondern durch einen strukturierten, langfristigen Aufbau von
107 Kompetenz und Infrastruktur realisierbar wird. Besonders hervorzuheben ist, dass
108 auch die Risiken (z. B. Akzeptanzprobleme, Fachanwendungen) nicht ausgeblendet,
109 sondern lösungsorientiert adressiert werden. Die Studie zeigt zudem, dass ein
110 Open-Source-basierter Verwaltungsarbeitsplatz nicht nur ein technologisches
111 Projekt ist, sondern ein strategisches Signal für Selbstbestimmung,
112 Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung in der Digitalisierung.

113 QUELLEN:

114 [1] CIO Bund - Digitale Souveränität
115 [https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-](https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-souveraenitaet/digitale-souveraenitaet-node.html)
116 [souveraenitaet/digitale-souveraenitaet-node.html](https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-souveraenitaet/digitale-souveraenitaet-node.html)

- 117 [2] Digitale Souveränität in der öffentlichen Verwaltung: Sieben ... - OSBA
118 [https://osb-alliance.de/news/digitale-souveraenitaet-in-der-oeffentlichen-
verwaltung-sieben-schritte-die-jetzt-notwendig-sind](https://osb-alliance.de/news/digitale-souveraenitaet-in-der-oeffentlichen-
119 verwaltung-sieben-schritte-die-jetzt-notwendig-sind)
- 120 [3] PDF
121 [https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2020/dig-
-itale-souveraenitaet-diskussionspapier.pdf](https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2020/dig-
122 -itale-souveraenitaet-diskussionspapier.pdf)
- 123 [4] PDF
124 https://angacom.de/fileadmin/Upload/2025/Pressefaecher/Kommune21_05_2025.pdf [5]
125 Der digitale Wandel in der öffentlichen Verwaltung | EY - Deutschland
126 [https://www.ey.com/de_de/insights/consulting/der-digitale-wandel-in-der-
oeffentlichen-verwaltung](https://www.ey.com/de_de/insights/consulting/der-digitale-wandel-in-der-
127 oeffentlichen-verwaltung)
- 128 [6] „Forward to the future“, LDK 2018,
- 129 [7] Studie „Linux-Arbeitsplatz für die öffentliche Verwaltung“, Schleswig-
130 Holstein, 2022